

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Angelika Köster-Loßack,
Amke Dietert-Scheuer, Angelika Beer, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/8572 –**

Friedensinitiative für Algerien

A. Problem

Täglich melden die Medien neue Massaker an der Zivilbevölkerung in Algerien. Sie widerlegen die Darstellung der algerischen Regierung, daß es sich bei terroristischen Akten nur um Restprobleme handelt. Die algerische Regierung kann oder will offensichtlich ihre Bevölkerung nicht wirkungsvoll gegen diesen Terrorismus schützen. Sie versucht, die Berichterstattung über Gewaltakte zu verhindern und leistet keinen Beitrag zu deren Aufklärung.

Die derzeitige Lage in Algerien macht daher eine Intervention der internationalen Gemeinschaft dringend erforderlich.

B. Lösung

Der Auswärtige Ausschuß schlägt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die antragstellende Fraktion bei Enthaltung der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrages vor.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag auf Drucksache 13/8572 wird abgelehnt.

Bonn, den 29. Oktober 1997

Der Auswärtige Ausschuß

Markus Meckel
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Andreas Schockenhoff
Berichtersteller

Dr. Christoph Zöpel
Berichtersteller

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstellerin

Dr. Irmgard Schwaetzer
Berichterstellerin

**Bericht der Abgeordneten Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Christoph Zöpel,
Dr. Angelika Köster-Loßack und Dr. Irmgard Schwaetzer****I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 192. Sitzung am 25. September 1997 den Antrag auf Drucksache 13/8572 an den Auswärtigen Ausschuß zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft, den Verteidigungsausschuß und den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der mitberatende Innenausschuß empfahl in seiner Sitzung vom 8. Oktober 1997 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion bei Enthaltung der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrages.

In seiner 66. Sitzung am 8. Oktober 1997 hat der mitberatende Ausschuß für Wirtschaft einvernehmlich empfohlen, den Antrag abzulehnen. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS und bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gefaßt.

Am 8. Oktober 1997 hat der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union in seiner 62. Sitzung die Vorlage auf Drucksache 13/8572 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung empfohlen.

Der Verteidigungsausschuß hat den Antrag auf Drucksache 13/8572 in seiner Sitzung am 29. Oktober beraten und beschlossen, ihn mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Gruppe der PDS abzulehnen.

III.

Der Auswärtige Ausschuß beriet in seiner 73. Sitzung am 29. Oktober 1997 den vorliegenden Antrag und beschloß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion bei Enthaltung der Gruppe der PDS die Ablehnung der Vorlage.

Bonn, den 29. Oktober 1997

Dr. Andreas Schockenhoff

Berichterstatler

Dr. Christoph Zöpel

Berichterstatler

Dr. Angelika Köster-Loßack

Berichterstatlerin

Dr. Irmgard Schwaetzer

Berichterstatlerin

